

GdP



Gewerkschaft
der
Polizei



Aktuell

Schwerin, 3. Dezember 2010

Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk
Mecklenburg-Vorpommern

Nr. 15/2010

Bericht aus dem Landtag

GdP berichtet über Krankenstand in der Landespolizei

„Der Anstieg der Krankentage und die Zunahme des durchschnittlichen Lebensalters in der Landespolizei bilden eine untrennbare Einheit...“, so der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei am Rande der gestrigen nichtöffentlichen Anhörung vor dem Schweriner Innenausschuss.“

Die Anhörung im Innenausschuss war auf Antrag der FDP und der Linkspartei zustande gekommen, die bereits vor einigen Wochen medial vor einer besorgniserregenden Entwicklung in der Landespolizei warnten.

So hat sich beispielsweise der Altersdurchschnitt in den letzten 10 Jahren von 40 auf 44 Jahre verschlechtert, Dienststellen mit einem Durchschnitt Nahe der 50 sind bereits keine Seltenheit. Damit einher ging ein Anstieg der Krankentage von ca. 130.000 auf gegenwärtig ca. 170.000 Tage. In Arbeitszeit umgerechnet fehlen damit jährlich durchschnittlich 500 Kolleginnen und Kollegen. Zusätzlich wurden im selben Zeitraum allein 600 Vollzugsbeamte abgebaut.

Silkeit weiter: **“Die Zunahme des Krankenstandes in der Landespolizei im Kontext mit einer Verdopplung der psychischen Erkrankungen seit dem Jahr 2000 ist aber auch ein Indiz für die permanent zunehmende Belastung der Landespolizei. Personalabbau führt zu Arbeitsverdichtungen und diese machen krank. Auch fehlende berufliche Anerkennung, negative Erfahrungen mit „polizeilicher Fürsorge“, Mobbing und viele andere Faktoren, die den Arbeitsalltag bestimmen können, machen krank. Für die GdP ist es wichtig, dass das Thema Belastung der Landespolizei nicht immer wieder einfach nur diskutiert wird, sondern dass Parlament, Regierung, Gewerkschaften und Personalräte gemeinsam nach Lösungen suchen.“**

Nach Ansicht der GdP sind alle Versuche kontraproduktiv, den Zustand der Landespolizei mit der Veränderung der sie umgebenden Gesellschaft zu erklären.

„Die uns umgebende alternde Gesellschaft muss keine Straftäter zur Strecke bringen oder unmittelbaren Zwang ausüben.“, so Silkeit weiter.

Für die GdP ist eine Vergrößerung des Einstellungskorridors genauso unerlässlich wie die Wiedereinführung von Altersteilzeitmodellen. Der ungesunde Altersdurchschnitt muss korrigiert werden, ansonsten gehen alle Versuche fehl, die Arbeitsbedingungen zu verändern.

Wesentlicher Bestandteil der Reaktionen der Landesregierung muss ein ausgewogenes Gesundheitsmanagement sein. Dabei sind aber viele Faktoren unseres Arbeitsumfeldes zu berücksichtigen. Ein derzeit vorliegender Entwurf des Innenministeriums zeichnet sich lediglich durch ein hohes Maß an Unverbindlichkeit aus.

Unterstützung bei der Erarbeitung eines tatsächlichen Konzeptes wurde bereits zugesagt.

Wir berichten weiter.

Der Landesvorstand